3353



## Kreis schlägt vor: Suche nach Standort für Deponie aussetzen

Nienburg (re). Nach der Forderung der Kreis-CDU – allen voran der Landtagsabgeordnete Willi Heineking – schlagen das federführende Kreisamt für Wasser und Abfall sowie Kreisumweltdezernent Peter Brieber dem Umweltausschuß vor, die Deponiestandortsuche jetzt auszusetzen.

Das bestätigte gestern auf Nachfrage die Kreisverwaltung. Der Ausschuß wird seine Empfehlung in der öffentlichen Sitzung am 8. März im Kreishaus fällen.

Dort wollen die Arbeitskreise zur Bewertung der Standorte Bohnhorsterhöfen und Diepenau beantragen lassen, nach einer späteren Wiederaufnahme des Standortauswahlverfahrens die beiden Flächen aus dem weiteren Prozedere herauszunehmen. Das wird unter anderem mit fehlerhaften bisher erarbeiteten Unterlagen begründet.

Die Rehburg-Loccumer Bürgerinitiative gegen Deponien verlangt eine sofortige Herausnahme der Fläche "Loccum Nord-West". Nach Auffassung der BI sei bereits jetzt bewiesen, daß dieser Standort für eine Deponie nicht geeignet ist. (Siehe Bericht auf dieser Seite).

Das im Laufe des Auswahlverfahrens von Landkreis und Bürgerinitiativen heftig kritisierte Garbsener Institut für angewandte Hydrogeologie (IFAH) löst sich auf. Selbiges gilt für das Institut Geodata. Beide Einrichtungen wollen sich zu einer Gesellschaft zusammenschließen, wie gestern aus dem Kreishaus zu erfahren war.

# Lesermeinung...

Lesermeinung....

Leserbriefe geben nicht immer auch die Meinung der Redaktion wieder, die sich Veröffentlichung und sinnwahrende Kürzungen vorbehält.

Leserbrief zum Landkreiswunsch: Müllverbrennung gemeinsam mit Nachbar-Landkreisen:

### **Administrative Keule**

Bund und Länder wollen gegen den Willen vieler Menschen die flächendeckende Müllverbrennung einführen. Wir meinen, daß das Müllproblem nur durch konsequente Umsetzung einer Vermeidungsstrategie, die shoon bei der Produktion beginnt, gelöst werden kann.

In den Genehmigungsverfahren für Müllverbrennungsanlagen hat sich gezeigt, daß Betreiber und Behörden dem informierten Bürger argumentativ unterlegen sind. Det wird jetzt die administrative Keule hera geholt. Die Müllverbrennung soll möglichst ohne Bürgerbeteiligung erzwungen werden. Dazu werden in Nacht- und Nebelaktionen folgende Maßnahmen von der Bundesrepublik zur Beschlußfassung durch die Länder bzw. durch den Bundesrat vorgelegt:

Eine Technische Anleitung Siedlungsabfall, die die Müllverbrennung faktisch als einzige Methode der Abfallbehandlung vor der Deponierung vorschreibt.

Eine Änderung der 9. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz, wodurch die Bürger drastisch in ihrem Recht auf Beteiligung an Genehmigungsverfahren eingeschränkt werden.

Ein Beschleunigungsgesetz, das sehr kurze Genehmigungszeiten vorschreibt und das die Beteiligungsrechte und -möglichkeiten Betroffener noch weiter beschneidet.

Eine Neufassung des Abfallgesetzes, in der durch eine verschwommene Definition von Abfall erreicht wird, daß es praktisch nur noch "Sekundärrohstoffe" gibt, die in vielfältigen industriellen Prozessen eingeset" erden dürfen.

Wolfgang Völkel, Bürgerinitiative Rehburg-Loccumer Bürger gegen Giftmüll

Zum Thema Müll:

### Große Lösung

Gibt es in Niedersachsen zu wenig vernünftige Sozialdemokraten? Während bei der Abfallpolitik-Diskussion im Bundesrat Sozialdemokraten und Christdemokraten für eine thermische Verwertung, natürlich mit Vermeiden und Vermindern von Müll, Kompostieren und Recyclen, wie es im Landkreis Nienburg schon seit Jahren läuft, gemeinsam eine längst fällige Entscheidung treffen und Frau Griefahns Politik der hen Müllberge gesetzlich verhindern, sind auf Kreisebene Frau Tewes und Herr Elbers noch immer auf festem grün-roten Kurs!

Sie wollen Loccum mit zwei Standorten in ein Raumordnungsverfahren bringen, wo es doch die Sonderabfalldeponien und eine Hausmülldeponie schon in diesem Raum gibt. Ein Raumordnungsprogramm in Gang zu bringen, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen, wie in unserer Heimatzeitung zu lesen war, für diese Standorte nicht erfüllt werden. Kaum jemand in Rehburg-Loccum hat für solch eine Entscheidung Verständinis, und viele freuen sich hier, daß im Landkreis Nienburg eine kreisübergreifende große Lösung angestrebt wird!

Martin Salmen, Rehburg-Loccum:

Zur neuen Abfallgebührensatzung:

#### Bitte auch kleine Säcke

Es stinkt zum Himmel! Meiner Meinung nach sollte es zu den normalen Restmüllsäkken auch kleinere Restmüllsäcke zu niedrigen Preisen geben, denn nach gewissenhaftem Sortieren bleibt in vielen Haushalten nur noch ein kläglicher Rest übrig. Um diesen Restmüll zu füllen, dauert es in vielen Haushalten zwei, drei, vier Wochen. Wer hat schon gern diese Stinkerei in seiner Wohnung?

Hans Flebbe, Schessinghausen

Zur Erhöhung der Müllgebühren:

#### Volksnähe?

Ich möchte Herrn Martin (BUND) und den Kreistagsabgeordneten antworten. Es ist schon mal ganz richtig, daß die Müllberge abgebaut werden müssen. Doch Bürger müssen dieses Konzept auch tragen können.

Dabei möchte ich auch bitten, an die vielen Kleinverdiener, Sozialhilfeempfänger und die mehr werdenden Arbeitslosen zu denken. So langsam träumen die Bürger nur noch von Abgaben, Erhöhungen und Kürzungen.

Trotz der Erhöhungen und Kürzungen bekommen die Politiker die Finanzen nicht in den Griff. Frage an die Parteien im Kreistag: Was wäre, wenn Sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger wären?

Da fällt mir ein: Im Oktober 1991 gingen bei den Kommunalwahlen nur 30 Prozent nicht zur Wahl. Es wäre ein Fehler, zu meinen, daß die Bürger gleichgültig wären.

Als erstes sollte mehr für Familien getan werden, da hilft aber nicht die Abtreibungspille. Wo ist denn die Volksnähe?

Gerhard Meyer, Bücken

Zu Berichten und Leserbriefen in der HAR-KE über die Entsorgung von Müll:

#### Müll-Feindbilder

Nach intensivem Studium der letzten Ausgaben der HARKE muß ich einfach mal die Frage in den Raum stellen, ob es denn sinnvoll ist, in fast allen Diskussionen und den entsprechenden Veröffentlichungen Behördenvertreter, Planer von Müllverbrennungsanlagen, Institutsmitarbeiter und Initiatoren von Abstands- und Dichtungserlassen als das zu sehen, gegen das man zu argumentieren und vorzugehen habe. Ich kann nur einen Gegner sehen; und das ist der Müll an sich, der beseitigt oder eben vermieden sein will.

Sicher ist es legitim, gegen unsachgemäße Aussagen oder Angaben vorzugehen, aber eigentlich ziehen wir doch alle an einem Strang und sollten eine sachliche Ebene nicht verlassen.

Sicher ist aber auch, daß das Duale System, der "Grüne Punkt", die Deponie und auch die Müllverbrennung nicht der Weisheit letzter Schluß sind. Aber ich sehe die Aufgabe der Bürger darin, die entsorgungspflichtigen Körperschaften aktiv bei der Suche nach alternativen Entsorgungsmöglichkeiten zu unterstützen, d.h. konkrete Vorschläge unterbreiten und die sachliche Auseinandersetzung suchen. Es ist ja nicht deren Privatmüll.

Alfred Müller-Witte, Binnen